

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/032(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 13.06.2007		17:00Uhr	18:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde
- 2 Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.05.2007
- 4 Drucksachen
- 4.1 Hauptstadtvertrag
BE: Amt 30
Vorlage: DS0163/07
- 5 Informationen

- 5.1 Mitwirkung von Zuwanderern an der gesellschaftlichen Integration durch Spracherwerb
BE: FB 32
Vorlage: I0139/07
- 5.2 Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg - vorbehaltlich der Zustimmung des OB
BE: Amt 50
Vorlage: I0151/07
- 6 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenplanung"
BE: Stadtrat Dr. Reichel
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Thorsten Giefers

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Norbert Bischoff

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Johannes Rink

Beratende Mitglieder

Stadträtin Birgit Kriese

Stadtrat Mirko Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Annett Hörold

Geschäftsführung

Frau Evelyn Pietschmann

Mitglieder des Gremiums

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Stadtrat Hugo Boeck

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dieter Weigelt

Sachkundiger Einwohner Klaus-Peter

Westphal

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde

Stadtrat Giefers eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Eine Bürgersprechstunde findet nicht statt, da sich keine Bürger eingefunden haben.

2. Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.
Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

5 – 0 – 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.05.2007

Die Niederschrift vom 16.05.2007 wird mehrheitlich ohne Anmerkungen angenommen.

4 – 0 – 1

4. Drucksachen

4.1. Hauptstadtvertrag
BE: Amt 30
Vorlage: DS0163/07

Herr Marske vom Rechtsamt bringt die Drucksache ein.

Im Februar wurde der OB durch den Stadtrat beauftragt, einen Entwurf eines Hauptstadtvertrages zu erarbeiten und vorzulegen. Der OB ist mit einem Hauptstadtvertrag berechtigt, Verhandlungen mit der Landesregierung zu führen. Geplant ist ein Hauptstadtausschuss, der aus Vertretern der Stadt und des Landes bestehen soll.

Die Stadträte äußern sich grundsätzlich positiv zu einem Hauptstadtvertrag. Ein Hauptstadtvertrag müsse jedoch Erfolgsaussichten haben. Stadtrat Bischoff meint, dass dies nur positiv ist, wenn Stadt und Land eine gemeinsame Gesprächsbasis finden. Dann ist ein Vertrag sinnvoll. Fraktionen des Stadtrates müssten dem OB für ein Verhandlungsmandat den Rücken stärken. Ein zu verhandelnder Hauptstadtvertrag sollte auf die Zukunft ausgerichtet sein und auf Projekte abstellen, die für Land und Hauptstadt einen Gewinn brächten.

Die Stadträte Hildebrand, Stage und Giefers schlagen vor, den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

1. Punkt 1 der DS 0163/07 ist zu streichen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Vertragsentwurfes zum Hauptstadtvertrag mit der Landesregierung zu verhandeln und einen Vertragsabschluss abzustreben.

Abstimmung über den Änderungsantrages: 6 Stadträte mit ja
 0 Stadträte mit Nein
 0 Stadträte mit Enthaltung.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

6 – 0 – 0

5. Informationen

- 5.1. Mitwirkung von Zuwanderern an der gesellschaftlichen Integration durch Spracherwerb
 BE: FB 32
 Vorlage: I0139/07
-

Anwesend zu diesem TOP ist Frau Wien vom FB 32. Sie erläutert die Information.

Seit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes zum 01.01.2005 ist das Thema „Integration“ gesetzlich normiert. Überhaupt kommt dem Spracherwerb bei der Integration die Schlüsselrolle zu.

In einer am 02.05.2007 stattgefundenen Veranstaltung wurden Betroffene dahingehend motiviert, Integrationskurse zu besuchen. Es ist geplant, diese Veranstaltung mit unterschiedlichen Partnern halbjährlich stattfinden zu lassen.

Zugelassene Integrationsträger vermitteln in insgesamt 630 Stunden die deutsche Sprache. So wurden seit 2005 bis zum 12.06.2007 354 Teilnahmeberechtigungen ausgestellt.

Auf Nachfrage von Stadtrat Bischoff, ob es Sanktionen bei Nichtteilnahme gibt, antwortet Frau Wien, dass dies möglich ist. Bei Empfängern von ARGE-Leistungen kann die ARGE z.B. 10 % vom Regelsatz kürzen.

Sofern es sich um ZuwandererInnen handelt, die aufgrund einer Eheschließung eingewandert sind, können u.U. die Kosten für den Integrationskurs in Rechnung gestellt werden.

Stadtrat Giefers bedankt sich für die gemachten Ausführungen.

Die 0139/07 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.2. Wirksamkeit der Arbeit der ARGE Magdeburg - vorbehaltlich der Zustimmung des OB
 BE: Amt 50
 Vorlage: I0151/07
-

Diese Information wird von Herrn Fahlke eingebracht.

Aufgrund eines PDS-Antrages aus 2005 (Effektivierung der Arbeit der ARGE überprüfen) wurde die I 0151/07 erarbeitet. Der Antrag ist derzeit schwebend.

Vom Ausschussvorsitzenden wurde die Information als sehr anschaulich und informativ gewürdigt, zudem würden die unterschiedlichen Bezugspunkte zum Vollzug des SGB II in der ARGE deutlich werden.

Stadtrat Dr. Hildebrand äußerte sich befriedigend darüber, dass dem Anliegen des Antrages seiner Fraktion in dieser Form aufgegriffen worden ist. Aufgrund der Substanz der Information und der Bedeutung der Thematik sollte sich der GeSo noch einmal vertieft damit befassen.

Wichtige Themen in Zusammenarbeit mit der ARGE sind u.a. die Verwaltungskostenpauschale (in Magdeburg derzeit 12.6%), die Kosten der Unterkunft sowie das Personal.

Stadtrat Giefers schlägt vor, zu nächsten Sitzung am 11.07.2007 die Geschäftsführung der ARGE zu dieser Information einzuladen. Auch Stadtrat Rink ist dafür, die ARGE einzuladen, um auch das Problem der befristeten Mitarbeiter anzusprechen.

Bg V weist darauf hin, dass derzeit ein Mietpreisspiegel erarbeitet wird.

Herr Pischner wirft abermals ein, dass der Personenkreis der Behinderten sowie der Suchtkranken in der ARGE durch die Fallmanager nicht zufriedenstellend bearbeitet werden.

Eine gesonderte Betreuung wäre nötig. Besser wäre eine Betreuung dieses Personenkreises in der Agentur für Arbeit, da dort Fachleute sitzen. Dieses Problem hatte Bg V bereits mit Frau Rosam besprochen. Bg V verweist darauf, dass auch Herr Pischner in die Gespräche einbezogen werden sollte.

FL: Die I 0151/07 wird nicht zur Kenntnis genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 11.07.2007 erneut gesetzt unter Einbeziehung der Geschäftsführung der ARGE.

6. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenplanung"
 BE: Stadtrat Dr. Reichel

Eine Sitzung des Arbeitskreises „Altenplanung“ fand seit dem 16.05.2007 nicht statt.

7. Verschiedenes

Anfragen seitens der Stadträte gab es nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Thorsten Giefers
Uniewski
Vorsitzende/r

Evelyn Pietschmann Kathleen
Schriftführer/in